

# Politik will beim Kraftwerk mitreden

MT  
28.07.22

## SPD-Delegation pocht trotz Umbaus auf sichere Arbeitsplätze

**Petershagen-Lahde** (mt/plö). Bei der künftigen Nutzung des Kraftwerkgeländes in Lahde ist eine intensive Zusammenarbeit mit der Petershäger Verwaltung und den politischen Vertretern notwendig. Darauf weisen Friedrich Lange als Fraktionsvorsitzender der SPD Petershagen/Weser und sein Stellvertreter Martin Sölter nach einer Videokonferenz mit der Kraftwerksleitung hin.

Weiter müssten die Projekte bezüglich möglicher schädlicher Emissionen eingehend überprüft werden. Wichtig sei auch die Weiterbeschäftigung der Angestellten und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Das Energieunternehmen Uniper plant zunächst ab Oktober 2022, die bisherige Anla-

ge zum rotierenden Phasenschieber umzurüsten, der die Blindleistung im Stromnetz sicherstellt. Die Verbrennung von Steinkohle wäre dann beendet, so die SPD in einer Mitteilung. Parallel möchte das Unternehmen das Kraftwerksgelände in einen Industriepark mit „zukunftsweisenden und umweltfreundlichen Technologien“ umbauen. Schwerpunkte könnten die Produktion von nachhaltigem Kraftstoff und die Herstellung eines Zementersatzstoffes durch Kalzinierung von natürlichem Ton sein.

In einer öffentlichen Online-Veranstaltung hatte die Kraftwerksleitung bereits auf die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den Bürgern hingewiesen (MT berichtete).